

[zurück](#)

Steuerfahnder-Affäre im Landtag Weimar gibt Kontra

VON PITT VON BEBENBURG



Finanzminister Weimar
(Bild: ddp)

Wiesbaden. Zu später Stunde hat sich der hessische Landtag am Donnerstagabend mit dem Fall von vier Steuerfahndern befasst, die aus dem Dienst entfernt worden waren und eine politische Intrige vermuten. SPD und Grüne beantragten die Debatte. Sie reagierten auf ein aktuelles Urteil. Es hatte Zweifel an dem Gutachter erhärtet, der die Fahnder für dienstunfähig erklärt hatte.

Hessens Finanzminister Karlheinz Weimar (CDU) warf der Opposition vor, sie diskreditiere die Finanzverwaltung für einen "kleinen politischen Vorteil". Es sei "böser Unsinn" zu behaupten, dass Hessen Steuersünder absichtlich verschont habe. Folgerungen aus dem Urteil über den Gutachter könnten erst gezogen werden, wenn es rechtskräftig sei.

Weimar zitierte aus einer Erklärung der Oberfinanzdirektion Frankfurt (OFD) vom gleichen Tag. Darin beklagte die Behörde "permanente Verdrehungen und Verleumdungen". Die Steuerfahnder hätten allesamt zwei Jahre oder länger krank gefehlt, ehe sie in den Ruhestand versetzt worden seien. Nach Bescheinigung der Dienstunfähigkeit sei die OFD gesetzlich verpflichtet gewesen, sie in den Ruhestand zu versetzen.

Der SPD-Haushaltspolitiker Norbert Schmitt sagte hingegen: "Sie wurden drangsaliert, sie wurden schikaniert und am Ende kalt gestellt." Der Grüne Frank Kaufmann verlangte von Minister Weimar, die Fälle neu untersuchen zu lassen "mit Personen, die das Vertrauen aller Seiten haben". Das gebiete seine "Fürsorgepflicht" als Dienstherr. Hermann Schaus (Linke) forderte Aufklärung, "ob das die einzigen vier Fälle sind oder ob es weitere gibt".

Empfehlen via: [Twitter](#) [Facebook](#) [StudiVZ](#) [MySpace](#)

[document info]
Copyright © FR-online.de 2009
Dokument erstellt am 19.11.2009 um 21:28:30 Uhr
Letzte Änderung am 20.11.2009 um 08:38:44 Uhr
Erscheinungsdatum 19.11.2009

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=2091702&em_loc=1231